

PRESSEMITTEILUNG

Führungskräfte begrüßen wichtige Schritte zur Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung

Berlin, 28. Mai 2021 Die Vereinigung der deutschen Führungskräfteverbände ULA (United Leaders Association) begrüßt, dass mit der heutigen Zustimmung des Bundesrats zum Betriebsrätemodernisierungsgesetz ein erster Schritt zur Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung erfolgt ist. „Wichtig ist, jetzt das Gute aus der Pandemie zu bewahren. Dass die Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten und die Betriebsräte auch künftig Sitzungen mittels Video- und Telefonkonferenzen ausrichten können, wenn sie dies wollen, ist folgerichtig“, erklärt ULA-Präsident Roland Angst.

Eine von der ULA in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Strategie und Organisation der Technischen Universität München (Professorin Isabell Welpé und Dr. Theresa Treffers) im Herbst 2020 und Februar 2021 durchgeführte Befragung unter Führungskräften zeigt ein eindeutiges Stimmungsbild. Mit 96,5 Prozent befürwortete eine klare Mehrheit der 170 leitenden Angestellten eine Fortführung der digitalen Beratungs- und Beschlussfassungsmöglichkeiten für die Sprecherausschüsse. Die Teilnehmer der Umfrage stimmten mehrheitlich der Aussage zu, dass die neuen Möglichkeiten die Mitbestimmung stärken und die Arbeit der Sprecherausschüsse vereinfachen.

Die ULA begrüßt die insgesamt erreichten Fortschritte für die Modernisierung der Mitbestimmung ausdrücklich. „Die Führungskräfte hätten sich zugleich mehr Mut der Politik gewünscht, um künftig auch online Wahlen nutzen zu können. Auch die digitale Ausrichtung der jährlichen Versammlungen der leitenden Angestellten der Unternehmen ist leider künftig nicht mehr möglich“, erklärte Angst. „Das digitale Angebot hatte sich in kurzer Zeit bewährt. Es ist unverständlich, dass sich Teile der Politik weiterhin den Möglichkeiten der Digitalisierung verschließen.“

Die ULA ist die Vereinigung der deutschen Führungskräfteverbände. Als Dachverband mit siebzehn Mitgliedsverbänden ist sie das politische Sprachrohr aller Führungskräfte in Deutschland. Sie vertritt deren Interessen gegenüber Regierung und Parlament sowohl in Berlin als auch in Brüssel.